

Walter Ulbricht wird gebilligt. Der Entschließung der Beratung der Ersten Sekretäre und der Vorsitzenden der Ministerräte der Mitgliedländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Stellungnahme der Tagung des Politisch-Beratenden Ausschusses der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages wird zugestimmt.

2. Das Referat des Genossen Kurt Hager über die Politik der Leitung der Kommunistischen Partei Chinas gegen die gemeinsamen Erklärungen der kommunistischen und Arbeiterparteien und gegen die Prinzipien der Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wird bestätigt.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erklärt seine volle Zustimmung zum Offenen Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 14. Juli 1963, verurteilt die Verleumdungen der chinesischen Führer gegen die leninistische Führung der KPdSU und der Bruderparteien und drückt ihre brüderliche Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, ihrem Zentralkomitee und ihrem Ersten Sekretär, Genossen N. S. Chruschtschow, aus. Unsere Partei hält in enger Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien an der gemeinsamen vom Leben bestätigten Generallinie der kommunistischen Weltbewegung fest, wird sie schöpferisch durchführen und weiterhin konsequent für die Reinheit der marxistisch-leninistischen Lehre kämpfen. Unsere Partei wird ihren konsequenten Kampf für die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems und der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung unbeirrt fortsetzen. Das kann jedoch nur eine Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus sein.

3. Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands schlägt den in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigten Parteien und Massenorganisationen vor, die Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen am 20. Oktober 1963 durchzuführen.

Das Referat des Genossen Albert Norden über die Vorbereitung der Wahlen wird bestätigt.

Berlin, den 30. Juli 1963